WerkstattGeschichte 19, Ergebnisse Verlag, Hamburg 1998, S. 69-74

■ SEBASTIAN GERHARDT

Erfahrungen, Ideologie und Projektionen

Forschungen zur Opposition im »SED-Staat«: Eine Buch-Kritik

Selten wird dem Leser ein Buch präsentiert, welches ebenso offen wie unfreiwillig die archäologischen Schichten und Brüche der Projektgeschichte darbietet:

> *Martin Jander, Formierung und Krise der DDR-Opposition. Die »Initiative für unabhängige Gewerkschaften« – Dissidenten zwischen Demokratie und Romantik, (Akademieverlag) Berlin 1996.*

Diese 1995 an der Freien Universität Berlin verteidigte Dissertation ist als Studie des Forschungsverbundes SED-Staat erschienen und hat inzwischen zu einer erhellenden Konfrontation zwischen dem Autor und den behandelten Personen geführt, die in den Zeitschriften »express« (Offenbach)[1] und »telegraph«(Berlin)[2] nachzulesen ist.[3]

Martin Jander stützt sich auf mehrjährige Untersuchungen zu verschiedenen Aspekten oppositioneller Betätigung in der DDR. Bereits der Titel spricht Bände: Einerseits schreibt der Autor von Formierung und Krise »der DDR-Opposition« und beansprucht so allgemeine Geltung seiner Überlegungen. Andererseits deutet er an, daß er mit der »Initiative für unabhängige Gewerkschaften« (IUG) nur eine der oppositionellen Gruppen zum Gegenstand seiner Forschung gemacht hat. Die IUG war seit dem 4. November 1989 die zweifellos bekannteste oppositionelle Gruppierung, die ihren Zweck in der Neubildung einer Interessenvertretung am Arbeitsplatz sah. Sie hatte sich daher in Zielsetzung und Motivation vom Gros der Bürgerbewegungen bewußt abgesetzt. Die Gruppe agierte nur zwischen Ende Oktober 1989 und März 1990. Die Tätigkeit der aus ihr entstandenen Gruppierungen »für kritische Gewerkschaftsarbeit« wird im Buch nicht betrachtet.

Entschlossen geht Martin Jander von der These aus, bei der DDR handele es sich um ein »totalitäres System«. Die dazu angeführte Begründung entnimmt er jenem Recycling der Totalitarismusdoktrin, das Klaus Schroeder als Gründungsurkunde des Forschungsverbundes SED-Staat vorgelegt hat. Demnach sei der für totalitäre Systeme charakteristische Terror in der DDR zwar nicht exekutiert worden, hätte aber »als Poten-

1 Nr. 8 bis 12 (1996) sowie Nr. 4 (1997).
2 Heft 7/8, 9 und 10 (1996), sowie Heft 1 (1997).
3 Die folgenden Bemerkungen stützen sich auf eigene Untersuchungen zur Geschichte der DDR seit den 70er Jahren, zur Wende und zum Anschluß an die BRD, die 1998 unter dem Titel »Ausgehebelt. Die DDR - Zur Kritik einer moralischen Ökonomie« erscheinen werden. Zum Teil überholte Vorarbeiten sind veröffentlicht im »Subbotnik in L.A.« (Halle) Nr. 70, Mai 1995; in: »Sklaven«, Nr. 26 und in den Heften zur ddr – Geschichte, Berlin, Nr. 45, Berlin 1997.

tialität« weiter bestanden.[4] Martin Jander bereichert das Bild von der totalitären DDR um den Hinweis, bei dieser hätte es sich um einen der Nachfolgestaaten des Nationalsozialismus gehandelt. Während der Bundesrepublik nach 1945 ein demokratisches System verordnet worden sei, in dem nachträglich eine kulturelle Legitimation der demokratischen Ordnung erarbeitet wurde, sei in der DDR gleiches ausgeblieben. Das totalitäre System habe auf jeden eigenständigen Legitimationsprozeß verzichtet: »Ein kulturelles Selbstverständnis existierte nur in der Form erzwungener Ideologie.«(34) Offensichtlich ist es die großzügige Verwendung des Begriffs »Totalitarismus«, der vielfältige Anknüpfungspunkte für individuelle Assoziationen bietet und präzise Mitteilungen über den deutschen Faschismus und seine Folgen überflüssig macht.[5]

Im umfangreichen zweiten Kapitel »Opposition in der DDR« entwickelt Jander eine Klassifikation widerständigen Verhaltens. In diesen Erörterungen greift er ausschließlich auf Veröffentlichungen, Dokumentenpublikationen, Sekundärliteratur und publizistische Stellungnahmen zurück. Ein gewisses Desinteresse gegenüber sozialgeschichtlichen Fragestellungen und Arbeiten ist unübersehbar. Die hier resümierten Untersuchungen der DDR-Opposition im allgemeinen begann Jander mit einer Expertise für die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages.[6] Er unterscheidet zunächst im Anschluß an Richard Löwenthals Differenzierung von Formen »antitotalitären Widerstands« im Faschismus politische Opposition, gesellschaftliche Verweigerung und weltanschauliche Dissidenz. Löwenthal bezieht aus der Betrachtung widerständiger Praxis seine Kriterien. Er bestimmt z.B. illegale und bewußt konspirative Aktivitäten, die auf eine Untergrabung und den schließlichen Sturz der nationalsozialistischen Herrschaft zielten, als »bewußte politische Opposition«. Da es in der DDR, wie Jander wohl weiß, immer wieder einen vielfältigen politischen Untergrund gegeben hat, der illegale und bewußt konspirative Aktivitäten zum Sturz der Politbürokratie unternahm und sich konsequent als staatsfeindlich verstand, hätte es nahe gelegen, die Existenz dieser politischen Opposition zu konstatieren, um dann zur näheren Analyse ihrer Tätigkeit zu kommen. Dagegen behauptet Jander: »Versteht man unter politischer Opposition eine Gruppe von Menschen, die sich bewußt den Sturz des Regimes vorgenommen hat und die diesen Sturz illegal vorbereitet, dann gilt es festzuhalten, daß es eine solche Gruppe in der DDR vor der Wende nicht gegeben hat.«(32) Dieses überraschende Urteil beruht auf einer wesentlichen Korrektur des Löwentahlschen Ansatzes, der durch ideologische Kriterien »ergänzt« wird. Jeder Gruppierung, die den Erhalt der DDR anstrebte oder gar sozialistische Ziele hatte, bescheinigt Jander Staatsnähe und schließt sie daher aus dem Begriff einer politischen Opposition aus. Er betrachtet diese Bezeichnung nicht als historische Charakterisierung, sondern als Ehrentitel, der nur positiven Helden zugesprochen werden darf. Anstatt die Wirkungsbedingungen und Formen politischen Widerstands in verschiedenen Gesellschaften zu analysieren, bewertet Jander schließlich die Opposition an ih-

4 Vgl. hierzu: B. Gehrke, Martin Janders Abwicklung der DDR-Opposition, Teil 4, in: »telegraph« 1/97, S. 29 ff. Zahlen in einfachen Klammern bezeichnen im folgenden stets die entsprechenden Seiten in Martin Janders Buch.

5 Die ungenaue Argumentation kann aber daran erinnern, daß man anderswo schon Präziseres zum Thema gelesen hat, so bei Uwe Johnson im »Dritten Buch über Achim« oder in den vier Bänden der »Jahrestage. Aus dem Leben von Gesine Cresspahl«.

6 Vgl. M. Jander/M. Manrique/B. Strenge, DDR-Opposition in den 70er und 80er Jahren. Ein Beitrag zu Geschichte und Forschungsstand, in: K. Schroeder (Hg.), Geschichte und Transformation des SED-Staates, Berlin 1994.

rer Paßfähigkeit zum politischen System der BRD und präsentiert dies unter falschem Namen als terminologische Klärung. In der Anwendung auf die DDR-Geschichte weicht der Autor damit von den selbst akzeptierten Maßstäben ab, um ein vorausgesetztes Urteil zu legitimieren. Die von Jander vorgeschlagene Regelung, in Bezug auf die DDR lediglich von »politischer Dissidenz« zu sprechen, blendet das für die Opposition der 70er und 80er Jahre entscheidende und alles andere als unproblematische Wechselverhältnis konspirativer und öffentlicher Organisations- und Aktionsformen aus.

Im Gegensatz zur zwar inkonsequenten, aber doch ausführlichen Erörterung des Begriffs der politischen Opposition findet sich eine vergleichbare Diskussion des Ausschlußgrundes »Sozialismus« nicht. Unterschiedslos werden Positionen miteinander identifiziert, die nur dem Namen nach übereinstimmen. So findet sich keinerlei Erörterung der real existierenden politischen Zusammenhänge linker Oppositioneller in Ost und West. Statt dessen wird als einzige westdeutsche Entsprechung zu marxistischen oppositionellen Positionen in der DDR die »linke« Interpretation der nationalen Frage durch Peter Brandt, H. Ammon u.a. präsentiert. Zwar gehörten z.B. die Genossen der trotzkistischen GIM, die tatsächlich Verbindungen nach Ostberlin hatten, zu den schärfsten Kritikern von Brandt & Co. Das hindert Martin Jander aber in keiner Weise daran, die Kritik von Ferenc Feher und Agnes Heller an der einen westdeutschen Position von Brandt/Ammon für eine zutreffende Kritik der ganzen, ost- wie westdeutschen linken Opposition zu halten. Indem nun noch eine Wortmeldung ungarischer Marxisten zur Stimme »der« osteuropäischen Kritik stilisiert wird, ist der Reigen fehlerhafter Generalisierungen perfekt. Weder sind die von Jander in diesem Zusammenhang zitierten Stellungnahmen ostberliner Oppositioneller repräsentativ für die ganze Opposition, noch gilt dies für Brandt/Ammon in der westdeutschen Linken.[7]

Schließlich ist auch festzuhalten, daß östlich von Oder und Neiße weit mehr kritische Intellektuelle existieren als mit zwei oder drei Namen angedeutet werden kann. Und unter diesen wird ebenso gestritten wie anderswo. Tatsächlich gab und gibt es in allen ehemaligen Ostblockländern ähnliche Kontroversen um die Natur der nominalsozialistischen Gesellschaften und um die Wege zu sozialer und politischer Befreiung. Tatsächlich unterschieden sich die Prinzipien und Ideen der linken Opposition in der DDR nicht wesentlich von denen ihrer anderen osteuropäischen Kollegen. Es genügt, hier z.B. an Karol Modzelewski und Piotr Marciniak in Polen, an Boris Kagarlitzki, Alexandr Buzgalin und Andrei Kolganov in Rußland, an Tamas Krauss in Ungarn und Petr Uhl in Tschechien zu erinnern. Und selbstverständlich werden ihnen von ihren liberalen Gegnern ähnliche Vorwürfe gemacht, wie sie Jander gegen die ostdeutsche Opposition im Ganzen erhebt. Martin Jander steckt seine Ideen in eine ausländische Verkleidung, um sich einer eigenen, verantwortlichen Begründung seiner Position zu entziehen. Diese Manier hält keiner ernsthaften Prüfung stand. Die Vorstellung Janders, bei der Entwicklung und Reproduktion sozialistischer, kommunistischer und anarchistischer Motive in der DDR-Opposition handele es sich um den deutschen Sonderweg in der osteuropäischen Opposition, ist falsch. Die von ihm anschließend geleistete »Erklärung« seiner Fiktion durch den Hinweis auf den deutschen Faschismus und seine unbewältigten Folgen gibt lediglich Aufschluß über sein eigenes Verständnis des Sozialismus als einer moralischen Weltanschauung.

---

7 Vgl. z.B. W. Süß, Entspannungspolitik und Friedensbewegung. Eine Antwort auf F. Feher und A. Heller, in: Prokla, Heft 60, Berlin 1985.

Stehen Martin Janders Darlegungen zum Begriff politischer Opposition ganz im Banne der spekulativen Konstruktion, so erfreuen die folgenden Kapitel durch eine Rückkehr des empirischen Materials. Jedem dieser Kapitel wird leider eine wertende, sehr allgemein-historische Skizze eines Abschnittes der Wendezeit vorangestellt. Die Zuordnung verschiedener Ereignisse zu einzelnen Kapiteln entbehrt nicht einer gewissen Willkür, was unvermeidlich ist, da die Entwicklungsphasen der IUG nicht mit jenen der allgemeinen Entwicklung im Lande übereinstimmen.

Die Untersuchungen zu betrieblichen Emanzipationsversuchen in der Wende entstanden im Rahmen eines DFG-Projektes zur Entstehung von Betriebsräten in der DDR (M. Jander/S. Lutz/J. Kädtler/G. Kottwitz), im Anschluß an erste Arbeiten des Forschungsschwerpunktes »Regulative Funktionen intermediärer Institutionen« (Sprecher Theo Pirker) am ZI 6 der FU Berlin.[8] Martin Jander konnte dabei von seinen persönlichen Kontakten und der Kenntnis der ostberliner oppositionellen Szene der 80er Jahre ausgehen. Selbst gewerkschaftspolitisch engagiert, baute er 1989/90 seine Kontakte in die oppositionellen Bewegungen aus und begann Materialien und Informationen über betrieblich orientierte Gruppen zu sammeln. Er hat einige Ergebnisse seiner, gemeinsam mit Stephan Lutz durchgeführten Forschungen in der Schriftenreihe des Instituts publiziert. Ebenfalls in dieser Reihe erschien auch eine Dokumentation der Tätigkeit der IUG, die von R. Hürtgen und L. Ansorg, zwei Initiatorinnen der IUG, erstellt worden war.[9] In seinem Buch stellt der Autor in 4 Kapiteln die Geschichte der IUG vor. Die Darstellungen zur IUG und anderen betrieblich orientierten Oppositionsgruppen stützen sich ausschließlich auf die Ergebnisse jener Forschungen, auf Interviews mit damaligen Aktivisten und deren Privatarchive.[10] Leider unterläßt es Jander, seine Widersprüche und Einwände z.B. zu der 1990 publizierten Überblicksdarstellung von Theo Pirker u.a. deutlich zu machen.[11]

Im dritten Kapitel stellt Jander die Gründung der IUG Ende Oktober 1989 dar und gibt einen biographische Überblick über die Mitglieder des Gründungskreises. Alle Gründer der IUG hatten ihre persönlichen Geschichten widerständigen Verhaltens und ihre Verbindungen im oppositionellen Milieu der DDR. Die Initiatoren verstanden sich als marxistische Intellektuelle. Die Analyse der DDR als eines staatskapitalistischen Systems begründete den Versuch zur Bildung unabhängiger gewerkschaftlicher Interessenvertretungen. Nebenbei werden auch einige im zweiten Kapitel vernachlässigte Fakten aufgeführt. So findet die Existenz illegaler Organisationen in

---

8 Vgl. H.H. Hertle/ R. Weinert, »Wir haben gedacht, daß wir länger dran sind!«. Interview mit Annelies Kimmel über ihren Versuch einer Wende der Gewerkschaftspolitik in einem erneuerten Sozialismus, Berliner Arbeitshefte Nr. 31; J. Kädtler/ G. Kottwitz, Betriebsräte zwischen Wende und Ende in der DDR, Berlin, Oktober 1990, Berliner Arbeitshefte Nr. 42; Die dort verwandten Pseudonyme für die untersuchten Regionen und Betriebe sind unschwer zu entschlüsseln (Vorburg = Leipzig; Mittelstadt = Dresden).

9 M. Jander/S. Lutz, Betriebsräte in der ehemaligen DDR. Eine vernachlässigte Institution = Berliner Arbeitshefte Nr. 66, November 1991; M. Jander/ S. Lutz, »Die Gründung des Betriebsrats war eigentlich ein Mißverständnis«, Berliner Arbeitshefte Nr. 77, November 1992; L. Ansorg/ R. Hürtgen: »Aber jetzt gibt es initiative Leute...«, Berliner Arbeitshefte Nr. 73.

10 Die komplette Materialsammlung zur Dissertation ist seit 1996 im Matthias Domaschk Archiv zugänglich. (Berlin 10437, Schliemannstr. 23). Im Anhang des Buches findet sich ein umfangreicher Auszug aus dem Tonbandprotokoll der IUG-Gründungskonferenz, im Anhang der Dissertationsschrift ist auch das Protokoll einer früheren Versammlung vom 20.12.1989 enthalten.

11 Theo Pirker/Hans-Hermann Hertle/Jürgen Kädtler/Rainer Weinert: FDGB. Wende zum Ende, Köln 1990.

den 70er und 80er Jahren Erwähnung, und die gründlichen Differenzen in der ostberliner Opposition kommen zur Sprache. Leider trägt solche nachträgliche Aufzählung nicht zur Korrektur der vorgefaßten Grundsätze bei. Mit der Darstellung der IUG-Gründung im dritten Kapitel wird diese aus ihrem chronologischen Zusammenhang gelöst. Frühere bzw. parallele Ereignisse, wie die Legitimitätskrise des FDGB und die Proklamation der Betriebsgewerkschaft »Reform« im Oktober 89 werden erst zum Ende des vierten Kapitels behandelt, das eigentlich mit der ausführlichen Darstellung des ersten öffentlichen Auftritts der IUG auf der Demonstration vom 4. November befaßt ist. Das Interesse des Autors an der Stellung der IUG innerhalb der Opposition verdrängt gänzlich die Untersuchung jener Adressaten eines Aufrufs zur Gründung unabhängiger Gewerkschaften. Und selbst das Bild der Oppositionsgruppen bleibt konturlos, indem es lediglich unter dem Gesichtspunkt des Verhältnisses zum »offiziellen Dialog« gezeichnet wird. Die eigenständige Arbeit, der Organisationsaufbau, die Ausbreitung der Demonstrationsbewegung und die Umwidmung des offiziellen Dialogverständnisses ist aus Janders Perspektive marginal. Daher ist die letzte Überschrift des vierten Kapitels: »Hohe Aufmerksamkeit, wenig Akteure« nur so zu verstehen, daß seinem Blick ein wesentlicher Teil der Akteure entgangen ist.

Für viele ist das fünfte vielleicht das interessanteste Kapitel, da hier in Fallbeispielen betriebliche Interessenvertretungen in Großbetrieben des Berliner Raums rekonstruiert werden. Erstaunlicherweise fehlt dem Kapitel ein Überblick über die innenpolitische Entwicklung der DDR im November 1989. Die Diskussion der offenen Grenze, der Zerfall der SED und die Durchsetzung der oppositionellen Kabinettspolitiker mit ihrer Konzeption eines »Runden Tisches« finden keine Erwähnung. Auch die Auseinandersetzungen in der Bevölkerung um die Frage einer deutschen Einheit werden nicht erwähnt. Erst mit der Bildung des Runden Tisches setzt Janders Darstellung wieder ein.

Das Desinteresse gegenüber und die Unkenntnis um sozialhistorische Forschungen läßt den Autor vor der chaotischen Menge der Informationen verzagen. Die voluntaristische Auswahl des interpretationswürdigen Materials löst diese Schwierigkeit nicht. Die Anzahl betrieblicher Aktivitäten nahm nach dem Mauerfall rasch zu. Eine prinzipielle Abgrenzung vom FDGB erfolgte in diesem Zusammenhang nicht. Überwiegend handelte es sich um Versuche zur Sicherung der unmittelbaren Interessensbereiche der Beschäftigten, wobei oft auch eine regionale Vernetzung entsprechender Aktivitäten vorangetrieben wurde. Das Desinteresse der meisten Bürgerbewegungen an dieser Entwicklung beschränkte jedoch ihre öffentliche Wirkung ebenso wie die politische Unsicherheit ihrer Protagonisten. Die Befürchtungen über einen Ausverkauf des eigenen Betriebes an westliche Unternehmer, die wesentlich zur Beschleunigung der Auseinandersetzungen um funktionsfähige und unabhängige Interessenvertretungen beitrugen, werden von Martin Jander leider nicht erwähnt.[12]

Ab Mitte November 1989 war die IUG eine öffentlich arbeitende, regelmäßig erreichbare Initiativgruppe. Jander schildert ihre Tätigkeit und versucht, sie in die damaligen betrieblichen Bewegungen einzuordnen. Dabei polarisiert er gerne zwischen den Sympathisanten und den Aktivisten der Gruppe, indem er die Gegensätze unter den Sympathisanten einfach nicht zur Kenntnis nimmt (z.B. in der Frage der Organi-

12 Ebenda, S. 63, S. 68.

sation der Angestellten). Im übrigen ist es, vorsichtig formuliert, unseriös, wenn Martin Jander mit großer Verve ein Zitat anführt, in denen sich ein Sympathisant der Gruppe gegen einen gesamtgesellschaftlichen Anspruch unabhängiger Gewerkschaften verwahrt (136), und die mehrfache Gegenrede unterschlägt.[13]

Zweifellos gab es in der Initiatorengruppe erhebliche Einwände z.B. gegen eine rasche Gründung einer unabhängigen Gewerkschaft. Ihr Ziel war die Beförderung einer Selbstorganisation der Beschäftigten, da nur auf diesem Wege eine wirksame Interessenvertretung entstehen könne. Der Umstand, daß diese kleine Gruppe an ihrem Zweck festhielt, ist für Martin Jander Grund heftiger Kritik.

Im sechsten Kapitel wird das Ende der IUG als Geschichte einer durch die Initiatoren der IUG verhinderten Gründung unabhängiger Gewerkschaften geschrieben. Die naheliegende Frage, warum die scheinbar so einigen Sympathisanten einer sofortigen Gründung nicht selbst zur Tat schritten und sich statt dessen mit einem Gründungsauftrag an den Initiatorenkreis zufriedengaben, erörtert er nicht. Tatsächlich konnte die IUG ihr Ziel nicht erreichen. Die Auflösung der staatlichen Souveränität der DDR machte für die IUG auch den Versuch einer Gründung einer unabhängigen Gewerkschaftsbewegung obsolet. Indem er sich dieser einfachen Einsicht entzieht, gerät Jander das Schicksal der IUG zum Mirakel, das mit allerlei Fehlern der Initiatoren begründet werden muß.

Nebenbei weist er auf ein sehr anderes Szenarium hin, in dem die IUG eine entscheidende Rolle hätte spielen können: Ähnlich der SDP als Juniorpartner der Sozialdemokratie wäre auch die IUG als östlicher Partner des DGB geeignet gewesen, einen Part in der demokratischen Organisation des Anschlusses zu spielen (201). Im Kampf um das Eigentum des FDGB hätte es eine reale Chance zu einer Statistenrolle gegeben. Das Problem war nur, daß die Initiatoren der IUG ihren Verein zu einem ganz anderen Zweck eingerichtet hatten. Dies ist genau das Gegenteil einer »Krise des Selbstverständnisses« der IUG, die an ihrem Selbstverständnis vielmehr unausgesetzt festhielt.

Die Beharrlichkeit erstaunt, mit der Jander versucht, die Mängel seiner Interpretation der Geschichte dem Gegenstand anzulasten, wenn er fassungslos ein völliges Unverständnis über die Handlungen seiner Protagonisten bekunden muß (z.B. S. 206f).[14] Er beschäftigt sich mit zahlreichen Vergleichen von Bürgerbewegungen und IUG, ohne die Differenzen ausräumen zu können, und greift dann zu haltlosen Unterstellungen, etwa der Behauptung, die Bürgerbewegten wie die Initiatoren der IUG seien auf ein »sozialistisches Traumdeutschland« fixiert gewesen. Damit schließt sich der Kreis. Janders Erklärungsmuster läßt sich nicht anhand der Fakten aus der Geschichte der IUG belegen. Es erklärt nichts, sondern wiederholt nur sein politisches Urteil über die Initiatoren.

Der Versuch, die eigene Kenntnis von betrieblichen und gewerkschaftlich orientierten Emanzipationsversuchen mit einem vorgefaßten Verständnis richtiger demokratischer Opposition zusammenzufügen, ist gescheitert. Unterwegs im wilden oppositionellen Osten schallt dem Betrachter nur noch sein Vorurteil entgegen. Der Herr Kannitverstan heißt hier »Sozialismus«, und so heißt da alles irgendwie sozialistisch. Das konnte ja nicht gutgehen. Für Martin Jander ist alles klar. Er hat ja die Beerdigung selbst gesehen. »Armer Herr Kannitverstan.«

---

13 Vgl. ebd., S. 136 und das Protokoll im Anhang der Dissertationsschrift, S. 262 ff.

14 Vgl. bereits M. Jander, »Pirker über Pirker«, Marburg 1988.